

Sozialdemokratischer SPD Pressedienst

P/XXVI/107

8. Juni 1971

"Europa" in den Schulen lehren!

Europas Einigung und Bedeutung als Schulfach

Von Horst Seefeld SPD-MdB

Mitglied des Europäischen Parlaments

Seite 1 und 2 / 75 Zeilen

Schulzentren auch auf dem Lande

Hier besteht ein großer Nachholbedarf

Von Peter Bruns SPD-MdL

Minister für Ernährung, Landwirtschaft und
Forsten in Niedersachsen

Seite 3 und 4 / 89 Zeilen

Süßwasser aus der Nordsee

Testanlage mit großen Nutzerwartungen

Seite 5 / 43 Zeilen

Sonderbeilage: "Selbstbestimmung und
----- Eingliederung"

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 9, Heussallee 2-10
Postfach: 9153
Pressehaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 60 37 - 98
Telex: 888 846/886 847/
886846 PPF D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

"Europa" in den Schulen lehren!

Europas Einigung und Bedeutung als Schulfach

Von Horst Seefeld SPD-MdB

Mitglied des Europäischen Parlaments

Alle reden von Europa! Doch nur manche meinen - wenn sie "Europa" sagen - das gleiche, und nur wenige wissen, was heute in Europa an Institutionen und Organisationen besteht, wer dazugehört und welche Aufgaben dort gestellt sind. Unklar ist auch, was eigentlich alles unter den Oberbegriff "Europa" gezählt werden darf. Das "Europäische Parlament" zum Beispiel vereint nur Parlamentarier aus den sechs EWG-Ländern, im Europarat treffen sich immerhin Vertreter aus 17 Ländern, und wer weiß schon beim Hören der Buchstaben WEU oder EFTA genau zu sagen, welche Länder sich dahinter verbergen und welche Absichten mit dem Zusammenschluß zu den so bezeichneten Organisationen bestanden haben und bestehen. Im Gestrüpp des "Europa-Chinesisch" finden sich gerade noch die "Fachidioten" zu recht - und das ist bedenklich. Wenn man berücksichtigt, daß alle diese - und noch manche andere - Zusammenschlüsse den Menschen in den verschiedenen Ländern Europas dienen und nutzen sollen und eben diese Menschen mit der Arbeit der Organisationen nicht vertraut sind und nicht einmal deren Wert erkennen können, dann sollten ernsthafte Anstrengungen zur Änderung des derzeitigen Zustandes mit Nachdruck unternommen werden.

Ein Weg dahin könnte in den Schulen seinen Anfang haben. Unseren Kindern muß mehr als bislang schon im Unterricht nicht nur die Vergangenheit ihres eigenen Volkes dargestellt werden. Es wäre an der Zeit, endlich auch die Lehren aus dieser oft trostlosen und die Völker Europas sich untereinander zerfleischenden Vergangenheit - die von den Politikern unserer Zeit längst gezogen sind - als ein wichtiges Schulfach in die Schulen Europas aufzunehmen. Alle Schritte zur Einigung in Europa sind Schritte zum Frieden in unserem Kontinent. Deshalb muß gerade die Jugend wissen, welche Organisationen auf diesem Weg der Einigung und Friedenssicherung tätig sind.

Wie ist die Situation im Bereich der EWG-Staaten? Nach Ansicht der Kommission der Europäischen Gemeinschaften "nimmt der Unterricht zum Thema der europäischen Einigung sowie der

europäischen Institutionen und deren Aufgaben in den Lehrplänen der EWG-Länder nicht den erwünschten Platz ein". Die Kommission stellte erst jetzt erneut fest, daß in den Lehrbüchern der Fächer, die mit der europäischen Integration am unmittelbarsten zusammenhängen, "Ursprung, Entwicklung und Aussichten der europäischen Einigung jeweils in den sechs Ländern unterschiedlich und im allgemeinen unzureichend behandelt werden". Die Unterrichtung der Lehrer und Schüler werde in diesem Themenbereich oftmals der Initiative von privaten Lehrerorganisationen oder von Schulverbänden überlassen. Staatliche Stellen unterstützten derartige Bemühungen nur gelegentlich und sehr begrenzt. Das muß künftig geändert werden!

Den Ansatzpunkt für das hier dargestellte Anliegen bietet - wenn schon nicht allein die Vernunft - Punkt 16 des Schlusskommunikés der Konferenz der Regierungschefs im Dezember 1969 in Den Haag. Dort wurde klar zum Ausdruck gebracht, daß die Jugend am Aufbau Europas großen Anteil haben muß. Das wiederum kann sie nur, wenn ihr die Realitäten nahegebracht werden. Und zu den Realitäten zählt, daß sich Beschlüsse im EWG-Bereich auf die Sozial-, Währungs-, Wirtschafts-, Landwirtschafts-, Verkehrspolitik in dem jeweiligen eigenen Land beträchtlich auswirken können. Alle diese Auswirkungen müssen den Kindern Europas ausführlich klargemacht werden. Dann werden sie viele Zusammenhänge besser verstehen und mehr und mehr in das neue Europa, seine Bedeutung und seine Zukunft hineinwachsen.

Die Kultusminister in Europa sollten handeln. Die Kommission der Europäischen Gemeinschaften hat von sich aus bereits hervorgehoben, daß engeres Zusammenwirken notwendig sei, um "die Unterrichtung über europäische Fragen in den Schulen auszubauen, die Lehrkräfte stärker für dieses Problem zu interessieren und die Jugendlichen in die Lage zu versetzen, ihre Möglichkeiten als Lernende und als Staatsbürger im Rahmen der Gemeinschaft zu beurteilen".

Dieses Bemühen müssen alle unterstützen, Europa muß durchsichtig und verständlich für alle seine Bürger werden. Europas Jugend muß alle kennen und verstehen lernen, die in vielfältiger Weise in und für Europa wirken. Darum ist die Forderung nach dem Schulfach "Europa" keine Phantasterei, sondern eine natürliche Notwendigkeit. (-/ wr/8.6.1971/byy)

+ + +

Schulzentren auch auf dem Lande

Hier besteht ein großer Nachholbedarf

Von Peter Bruns SPD-MdL

Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten in Niedersachsen

Die Bemühungen der Bundesregierung und die Anstrengungen der Länder, das Bildungswesen zu koordinieren, es auf einen einheitlichen Nenner zu bringen, müssen unterstützt werden. Bei dem in Vorbereitung befindlichen und zum Teil bereits eingeleiteten Umstellungsprozeß ergibt sich die Frage, welche Forderungen aus der Sicht der Landwirtschaft im Zuge der sich vollziehenden Umstrukturierung an die Allgemeinbildung und speziell an die Berufsausbildung zu stellen sind. Als wichtigste Aufgabe ergibt sich, die schulische Ausbildung der heranwachsenden Generationen auf dem Lande so zu gestalten, daß die Entscheidungsmöglichkeiten bei der Berufswahl nicht eingeengt werden.

In letzter Zeit hat die Frage nach der Eigenständigkeit des landwirtschaftlichen Schulwesens an Aktualität gewonnen. Einige landwirtschaftliche Berufsschulen sind wegen geringer Schülerzahlen mit gewerblichen Berufsschulen zusammengelegt worden. Weitere Zusammenlegungen stehen bevor, es stellt sich damit die Frage nach der Notwendigkeit solcher Maßnahmen: Wären rechtzeitig Schulzentren geschaffen worden, so hätte sich dieser Notbehelf umgehen lassen. In diesen Schulzentren würden landwirtschaftliche Berufsschulen, Berufsschulen und Fachschulen nicht nur nebeneinander unter einem Dach, sondern mit einheitlichem Lehrerkollegium nach gemeinsam erarbeiteten und aufeinander abgestimmten Lehr- und Lernplänen unterrichten. Die Lehrkräfte eines so vergrößerten Kollegiums könnten fachlich spezialisiert, zugleich in der Berufs-, Berufsfach- und in der Fachschulstufe unterrichten. Von einer solchen Regelung sind neue Impulse für den Unterricht zu erwarten. Der häufig gehörte Vorwurf von Wiederholung des Unterrichts der Berufsschule an den Fachschulen verliert damit an Bedeutung. Zeit für neue aktuelle Stoffgebiete würde auch damit gewonnen, daß der Schüler über mehrere Jahre hindurch bei denselben Lehrern bliebe. Manche Lücke aus früheren Jahren könnte geschlossen werden. Weitere Vorteile der Schulzentren sind, daß sie besser und rationeller mit modernen Lehr- und Lernmitteln ausgestattet werden könnten. Darüber hinaus könnten sich neue Zentren für die Erwachsenenbildung, die überbetriebliche Fortbildung usw. ergeben.

Im Interesse der Landbevölkerung kann in Zukunft auf solche Bildungszentren nicht verzichtet werden. Neue Initiativen des Landesverbandes des niedersächsischen Landvolkes und der Landwirtschaftskammern, die diese Auffassungen mit vertreten, lassen hoffen, daß dieses Ziel zwar spät, aber doch nicht zu spät er-

reicht wird.

Das Problem bäuerlicher Eigenständigkeit in einer Zeit, in der der Erwerb außerlandwirtschaftlichen Einkommens auch für Voll-erwerbsbetriebe eine immer größere Rolle spielt, wo außerdem die Zahl der Betriebe und der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft zurückgehen zwingt dazu, daß die Frage der Schulzentren besonders sorgfältig durchdacht werden muß. Die Zahl der landwirtschaftlichen Berufsschüler ist in den letzten Jahren in allen Bezirken um die Hälfte bis zu zwei Dritteln zurückgegangen. Trotzdem kann auf ein spezifisch landwirtschaftliches Schulwesen nicht verzichtet werden. Gewiß werden in verstärktem Maße allgemeinbildende Lehrinhalte in die Stoffverteilungspläne sowohl der Jungen- als auch der Mädchenklassen mit einfließen. Aber die den eigentlichen Beruf betreffenden Wissensbereiche unterscheiden sich nach wie vor so wesentlich von denen des Handwerkers, des Industriearbeiters oder Kaufmanns, daß sie nicht vernachlässigt werden dürfen. Alle Anstrengungen müssen deshalb unternommen werden, um ein zeitgemäßes berufsbildendes landwirtschaftliches Schulwesen nicht nur zu erhalten, sondern es weiter zu entwickeln.

Kennzeichnend für die Berufstätigkeit in der Industriegesellschaft ist die starke Spezialisierung und der häufig erforderlich werdende Berufswechsel; die Mobilität im Berufsleben. Diese Spezialisierung der Berufe muß auch in der Ausbildung und im Berufs- und Berufsfachschulwesen, sowie im Fachschulwesen ihren Niederschlag finden. Bei diesen Überlegungen ist von Bedeutung, daß der für eine landwirtschaftliche Ausbildung in Frage kommende Personenkreis zwar ständig kleiner, die Ausbildung der Verbleibenden aber intensiviert werden muß. Zeit und Umstände zwingen zu der Auffassung: Jede Schule, die für den Beruf vorbereitet, muß groß genug sein, um einer größeren Anzahl von Lehrkräften die Möglichkeit zum Unterrichten in einzelnen Fachgebieten zu geben. Darüber hinaus muß sich jede Lehrkraft laufend weiterbilden können. Es ist eine alte Forderung des Landwirtschaftsministeriums, daß an einer landwirtschaftlichen Schule mindestens vier Lehrer tätig sein müssen. Die Landwirtschaftskammer hat sich dieser Auffassung angeschlossen, sie nehmen entsprechende Umstellungen vor und weitere sollen folgen. Die Frage von ganzjährigen Landwirtschaftsschulen anstelle der bisherigen Winterschulen ist im Kammerbereich Hannover seit langem beschlossene Tatsache. Die Umwandlung in diese Schultypen steht kurz vor dem Abschluß.

Wenn auch bei den ersten Versuchen der Kooperation der Berufs- und Fachschulen das pädagogische Ergebnis nicht immer voll befriedigend, so sollte das kein Grund sein, auf weitere Versuche zu verzichten.

Bei den Fragen der Organisation für die ländliche Hauswirtschaft wird im wesentlichen vom Standort und der Zahl pragmatisch vorgegangen sein. Auch die ländliche Hauswirtschaft wird gemeinsam mit der Landwirtschaft ihren Standort in einer Gesamtschule finden müssen.

.../wr/ wr/8.6.1971/ks)

+ + +

Süßwasser aus der Nordsee

Testanlage mit großen Nutzererwartungen

Bei der konventionellen Meerwasserentsalzung hat die Bundesrepublik einen wichtigen Schritt nach vorn getan. Die vor allem aus Bundesmitteln finanzierte Gesellschaft für Kernenergieverwertung, mit Sitz in Geesthacht bei Hamburg, hat mit dem Bau einer Meerwasser-Entsalzungsanlage bei Hörnum auf dem Süzipfel der Nordseeinsel Sylt begonnen.

Die Kernenergiegesellschaft hat sich mit dem Bau dieser Anlage einem neuen Gebiet zugewandt. In einem Demonstrativvorhaben wird nach dem Destillationsverfahren in Hörnum aus Salzwasser Trinkwasser gewonnen. Die Wasseranlage wird auch deutschen Industriewerken für Testzwecke zur Verfügung stehen. Fünf Unternehmen haben sich bereits mit ihren Teststationen in Hörnum angemeldet. Die Meerwasserentsalzungsstation soll 1973 in Betrieb genommen werden.

Das technische Prinzip ist einfach. Erhitztes Meerwasser kühlt sich ab und fließt in Süßwassertanks. Die salzige Lake wird in das Meer zurückgegeben. Damit sind jedoch eine Reihe technischer Probleme verbunden. Salzwasser erzeugt starke Korrosion. Hochwertige Behälter- und Leitungsmaterial sind erforderlich. Es gilt die besten Legierungen herauszufinden. Ferner sind Methoden zu entwickeln, die Kesselsteinablagerungen vermeiden oder diese sofort wieder auflösen.

Ferner geht es um kommerzielle Fragen. Für landwirtschaftliche Zwecke kommen solche Entsalzungsanlagen nicht in Frage. Im Bereich der deutschen Nordseeküste, von Emden bis zur Insel Sylt, wären solche Anlagen wünschenswert, weil in diesen Gebieten im Untergrund Brakwasser gegen die Süßwasser-Linse vordringt. Landwirtschaftliche Kulturen, die keine hochwertigen Veredelungsprodukte erzeugen, können nur zehn Pfennige pro Kubikmeter Wasser zahlen.

Anders sieht es auf den Nordseeinseln aus, die über keine ausreichenden Süßwasservorräte verfügen, denn der Fremdenverkehr erlaubt, daß Süßwasserpreise zwischen 60 Pfennig und einer Mark hingenommen werden können. Voraussichtlich wird der Preis für das in Hörnum gewonnene Süßwasser innerhalb dieser Spanne liegen. Die Gesellschaft für Kernenergie-Verwertung orientiert sich auch an der großen rationell erarbeitenden Anlage, welche die Vereinigten Staaten an der mexikanischen Grenze errichtet haben. Täglich werden dort 30.000 Kubikmeter Süßwasser zu einem Abgabepreis von rund 90 Pfennigen aus dem Pazifik gewonnen.

Die Anlage in Hörnum wird weitgehend aus dem Bundeswissenschaftsministerium finanziert. Die sozialliberale Koalition in Bonn hat bis 1974 für die Forschungsarbeiten im Sektor Meerwasserentsalzung rund 140 Millionen Mark bereitgestellt. Dieser neue Industriezweig soll in der Bundesrepublik angeregt werden, sich auch diesem Sektor zuzuwenden. Möglicherweise gibt es zukunfts-trächtige und lohnintensive Industrien, die auch für die Entwicklungshilfe in Wüstenzonen an Salzmeeren, Bedeutung gewinnen können. Es steht noch offen, ob die Anlage in Hörnum eines Tages die Meerwassererhitzung mit Hilfe eines Kernreaktors vornehmen wird. Bei diesem Verfahren fällt zusätzlich elektrische Energie an.

(cc/wr/8.6.1971/bgy)